

### **Für eine Handelspolitik im Interesse der Menschen und der Umwelt , aber keine transatlantischen Handels- und Investitions-Abkommen auf Kosten von Demokratie und Rechtsstaat, Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards, Subsidiarität und kultureller Vielfalt, wie CETA, TTIP und TiSA**

Der Landkreis Main-Spessart wurde ausgezeichnet als gentechnikfreier Landkreis und als erster Landkreis in Bayern als Fairtrade Landkreis. Darüber hinaus bemüht sich der Landkreis um eine autarke Energieversorgung und den Klimaschutz, um interkommunale Allianzen, um die Daseinsvorsorge mit z.B. Wasserwirtschaft, Müllwesen, Kultur u.v.m.

Durch die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA sehen wir (die Fraktion der...) viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge und kommunalen Selbstverwaltung gefährdet.

### **Deshalb möge der Kreistag in öffentlicher Sitzung folgenden Beschluss fassen:**

Der Kreistag fordert die Staatsregierung sowie sämtliche politischen VertreterInnen auf Landes- und Bundesebene auf, sich in Berlin und Brüssel für einen Abbruch der Verhandlungen über die Abkommen TTIP, CETA und TiSA und für ein alternatives Verhandlungsmandat der Kommission in der Handelspolitik einzusetzen.

### **Begründung:**

Nach dem Scheitern der globalen Liberalisierungsbestrebungen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO verhandelt die Europäische Union derzeit eine neue Generation von Freihandelsabkommen: Die *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP) zwischen der EU und den USA, das europäisch-kanadische *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA), sowie das multilaterale *Trade in Services Agreement* (TiSA). Ein Abschluss dieser Abkommen würde auch den Landkreis Main-Spessart betreffen.

Ein paar Beispiele für mögliche lokale Auswirkungen sind:

1. Handelsabkommen, die das Regelungs- und Entscheidungsrecht der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge achten, müssten die Möglichkeiten der Kommunen erhalten, öffentliche Dienste (wie zum Beispiel die Wasserversorgung) zu erhalten, wiederzubeleben, zu rekommunalisieren, auszuweiten und neu zu schaffen. Vom Geltungsbereich der Vorschriften zur Marktöffnung sowie von Investitionsschutzklauseln in solchen Abkommen müssen sie umfassend und explizit ausgenommen sein. Sowohl die TTIP als auch das CETA genügen diesem Anspruch nicht. Eine besondere Bedrohung stellt das TiSA dar, das eine weitgehende Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistung erreichen möchte.

2. Das Abkommen CETA enthält eine Marktöffnung im Bereich der öffentlichen Beschaffung; für TTIP ist das ebenso geplant. Auch wenn diese Regelungen nicht weit über die Vorgaben des Europäischen Vergaberechts hinausgehen, erschwert die Aufnahme der öffentlichen Beschaffung in internationale Abkommen eine Reform des Vergaberechts im Sinne der kleinen Kommunen, der regionalen Wirtschaftsförderung oder stärkeren sozialen und ökologischen Kriterien. Für öffentliche Auftraggeber wird es schwieriger, ihre Spielräume zur Berücksichtigung sozialer und ökologischer Vergabekriterien zu nutzen. Darin sind durchaus negative Auswirkungen auf den fairen Handel zu erwarten.
3. Die Landwirtschaft im Landkreis Main-Spessart ist als kleinstrukturiert zu betrachten. Der Landkreis Main-Spessart hat sich für die Gentechnikfreiheit ausgesprochen. Die Landwirtschaft in Nordamerika arbeitet unter völlig anderen Bedingungen. Sie durch eine Marktöffnung für Agrarprodukte in direkte Konkurrenz zu setzen würde hier zu einem weiteren Höfesterben und langfristig der Aufgabe landwirtschaftlicher Fläche führen. Dabei ist irrelevant, ob eine Marktöffnung durch eine Harmonisierung von Standards und Verfahren, eine gegenseitige Anerkennung von Standards oder eine Senkung oder Abschaffung von Zöllen erreicht wird.

Ein explizites Ziel der amerikanischen Verhandlungsführer in den Verhandlungen über die TTIP ist eine Öffnung des europäischen Markts für Lebensmittel, die mit Gentechnik, Wachstumshormonen oder in der EU nicht zugelassenen Pestiziden produziert wurden. Im Landkreis Main-Spessart setzen sich Bauern und Bäuerinnen, Umweltschutzorganisationen, kirchliche Gruppen und die Kommunalpolitik seit Jahren für die Gentechnikfreiheit der Landwirtschaft und Lebensmittel ein. Eine Verhandlung der europäischen Gesetzgebung in diesen Bereichen ist für uns nicht akzeptabel.

4. Die Verhandlungen zu TTIP, TiSA und CETA finden weiterhin geheim und unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Obwohl Städte und Kommunen direkt von den Abkommen betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag) nicht in die Verhandlungen eingebunden. Sogar die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes hatten bisher keinen uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Jetzt veröffentlichte Texte stehen ausschließlich in Fachenglisch zur Verfügung. Dies entspricht nicht unserem Verständnis von Demokratie. Vielmehr müssen alle relevanten VolksvertreterInnen – und dazu gehören auch die VertreterInnen des Landkreises, der Städte und Gemeinden - so frühzeitig in die Vertragsverhandlungen einbezogen werden, dass sie die Möglichkeit haben die Vertragsinhalte zu gestalten.